

Wirtschaftliche



Mit Kurszettel

10 Pfennig

Gründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Deloggen, Erscheinungsgeweihe usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlagsdruckerei: Zentral-Druckerei, Am Dönhofs 9000 - 9065, Berlin
Adressen: Ullrichstraße, Berlin. Postbezahlkonto Berlin 660.

Der Termin des 30. August.

Erklärungen der Regierung.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags hat heute um 10 Uhr wieder zusammen, um die Beratung der Londoner Abmachungen und der dazu von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe fortzusetzen. Die Sitzung war zum erstenmal nicht vertraulich, es hatten sich deshalb die meisten der bereits in Berlin anwesenden Abgeordneten eingefunden.

Von Vorlesenden, Herr Müller-Fronthal (Soz.), wurde festgestellt, daß es der Wunsch des Ausschusses ist, die bei den Beratungen des Auswärtigen Ausschusses übliche Vertraulichkeit für die Behandlung der Gesetze zur Durchführung des Dawes-Übereinkommens aufzuheben. Dabei wurde aber in Aussicht genommen, daß, wie in jedem anderen Ausschuss auch, schriftsätzlich bestimmte Beratungsgegenstände als vertraulich erklärt werden können.

Zunächst erfolgte nun die Behandlung der mit den Londoner Abmachungen zusammenhängenden Wirtschaftsfragen, die zum Teil für vertraulich erklärt wurden. **Besichtig des Termins vom 30. August**, an dem die endgültige Unterschriftenvollziehung in London stattfinden soll, wurde von den Abgeord. v. Graefe (Nat.-Soz.), Graf Zentgraf (Burg. Sp.), Dr. Egg (Natl.), Dr. Hans (Dem.) und Koenen (Komm.) die Frage erhoben, was geschehen müßte, wenn die deutsche Regierung die wichtige Frage der Verantwortlichkeit für die Annahme der Dawes-Oefese im Reichstagsrat nicht frage. Hierzu wurde vom Reichsdeputierten Ratz erwidert, daß diese Frage sich in erster Linie nach einladenden juristischen Gründen erziele. Der Vertrag von London sei an sich aufgelegt gekommen durch die Ratifizierung, die sämtliche Delogierte vollzogen hätten. Die endgültige Unterschrift sei aber bis zum 30. August aufgeschoben worden.

Wenn Deutschland am 30. August nicht in der Lage sei, die Oefese als angenommenen Bestandteil zu erklären, so müßte sich die Reichsregierung die Frage stellen, ob dann in London die Protokolle einseitig unterzeichnete Bände. Sollte im Reichstag keine Zweidrittelmehrheit für die Annahme der Dawes-Oefese zu finden sein, so sei es Pflicht der Reichsregierung, alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, um den Reichstag zur Bewilligung zu veranlassen. Wenn es nicht möglich sei, alles getan werden, was nach Ansicht der Reichsregierung die Möglichkeit eröffnet, von neuem in Verhandlungen einzutreten.

Herr v. Graefe (Nat.-Soz.) behauptete, die deutsche Vertollung sei alsbald fertig, als die französische, weil letztere nur der endgültigen Unterschrift das französische Parlament zu befragen müßte, während die deutsche Delegation ein dazwischenliegendes Problem nicht gestellt habe.

Reichsdeputierter Dr. Marx erwiderte, die Haltung der deutschen Delegation sei Artikel 45 der Reichsverfassung maßgebend, wonach der Reichspräsident das Reich völlerrechtlich vertritt und im Namen des Reichs Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten abschließt. Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten, die auf Gegenstände der Reichsverfassung hin beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstags. Damit sei die Reichslage noch klar gegeben. Derjenige, der Verträge abschließt, sei der Reichspräsident, deshalb habe er auch die Vollmacht an die Delegation erteilt. Diese habe nicht dem Reichstage, sondern aus-

schließlich dem Reichspräsidenten die Vollmacht schriftlich erteilen und erhalten. Sie hebt nunmehr das Recht, Verträge zu schließen. Demnach bestand kein Hindernis rechtlicher Art, daß auch die Unterschrift von den deutschen Delegierten schon am vorigen Sonntag abgeleitet wurde. Am Londoner Protokoll stehe in erster Linie die Verpflichtung für Deutschland, die Oefese dem Reichstage vorzulegen. Das sei unumkehrlich eine Verpflichtung, die die Delegation auch ohne Zustimmung des Reichstages hätte annehmen können.

Reichsdeputierter des Staatsministers Dr. Stresemann: Ich möchte dem Abg. Egg auf die Frage antworten, welche Möglichkeiten dem Reichstagsrat, im Falle eines Scheiterns der Vorlage hier im Reichstage tragbare neue Vereinbarungen mit der Gegenseite zu treffen. Da weiß ich darauf hin, daß irgend etwas Politisches nach dieser Richtung hin gar nicht geschieden kann, bevor die Neuwahlen an Deutschland, bevor alle der Gegenseite gesagt werden kann, daß ein deutscher Reichstag da ist, der bereit ist, erneut auf den Boden dieser Londoner Beschlüsse zu treten.

Während der Zeit, die die Reichsverfassung für Ratifizierung vorseht, ist also für die Regierung jede Möglichkeit genommen, nach dieser Richtung etwas zu tun. Während dieser Zeit hat der Finanzminister zu sehen, daß die Reichsregierung verlängert werden. Während dieser Zeit über alles auf zu laufen an Terminen, die sich auf die Klärungen beziehen, was sich auf die Forderung der Gegenseite bezieht, und auch alles andere, was vorgehen ist.

Wenn wir dann einen neuen Reichstag haben, der grundsätzlich so sagt, dann können wir erst an die anderen Mächte wagen, die sich in ihren Entschlüssen darüber, ob sie so einmündlich mit dem Deutschen Reich in Verhandlungen eintreten wollen. Und wenn der Abgeordnete jetzt darauf hinweist — er scheint in diesem Punkte Optimist zu sein —, daß es in der Zukunft durch ein hartes nationales Empfinden bei den Mächten dahin kommen würde, daß die Gegenseite bereit wäre, auf London wieder mit ihm zu verhandeln, so bitte ich Sie, doch auch die Gegenstände nicht zu unterschätzen.

Wir haben in England eine Bewegung, die sehr best aus dem Ausland gekommen ist in einer Eingabe, die 1700 britische Signatüre an das Unterhaus gerichtet haben, worin sie darauf hinweisen, daß es doch eigentlich dem englischen Interesse völlig entgegen sei, wenn England seine Hilfe zu einer großen internationalen Anleihe biete, die dazu bestimmt sei, der deutschen Industrie Kredite zu verschaffen und der deutschen Industrie, die heute mangels der Kredite nicht exportfähig wäre, diese Exportfähigkeit zu gewährleisten.

Wohin diese Verbindungen gehen, ob sich dann am 15. Oktober — denn einen früheren Termin gibt es nicht — England bereit finden wird, einfach das ganze, was bereits abgemacht ist, noch einmal als Grundfrage zu nehmen, ist mit einem Zweifellos, wie die andere Frage, ob sich nicht in französischer Verbindung herbeizubringen werden, die Abklärung von handelspolitischen Konventionen abhängig zu machen. Irrendfalls können wir nach dem Experiment derer, welche vor ähnlichen Bedingungen haben als heute, und alles, was das bezieht Gebiet von den Londoner Abmachungen erhofft, wird zum mindesten um Monate hinausgeschoben.

Damit schließt die allgemeine Zusammenfassung.

Der Schrei nach Poincaré.

Vier Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion kritisierten heute in der nachfolgenden Presse über die Entscheidung, die der Reichstag bei der dritten Beratung des Gesetzes über die Londoner Konferenz und der Dawes-Oefese Mitte nächster Woche zu treffen habe wird. Alle vier Abgeordnete, Freiherr v. Freytag-Loringhoven, Hans Arthur Kemm, Dr. Goring und Wilhelm Körner, die Anhänger dem gleichen Schluß: die deutschnationalen Fraktion müßte und sich „Rein“ legen und — da ohne ihre Zustimmung die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das verfassungsändernde Gesetz nicht zu erreichen ist — die Verhinderungen der Londoner Konferenz zurückgelehrt werden. Herr Bruhn hat also alle Aussicht, die Wette zu gewinnen, die er gestern im Vortragsausdruck des Reichstages angeboten hat. Wenn auch der formelle Beschluß der deutschnationalen Fraktion, die erst heute nachmittags zusammentritt, ausbleibt — man muß mit der Zweidrittelmehrheit rechnen, daß der in die eigenen Agitationspropaganda rechtens vertriebenen radikaler Flügel der Fraktion das Hebräerrecht behalten und die Gesamtzahl der Partei in seinem Sinne festlegen wird. Die Christlichen im Reich werden sich um die Einheit der Partei nach außen hin nicht zu gefährden, fügen.

Man kann nicht behaupten, daß die vier deutschnationalen Abgeordneten sich um sachliche Argumente für ihre ablehnende Haltung eifrig bemühten. Was von der deutschen Fraktion in London zu erwarten ist — das mag wiederholt worden: es war wohl mehr, als man nur der Reize nach London selbst in deutschnationalen Streifen erwartete — wird einfach negativ oder als unumkehrlich abgewandt; was nicht erreicht wurde — die Verwirklichung der militärischen Forderungen — das ist ein einziges Beispiel für die politische Unfähigkeit, auch der Abneigung zu merken, daß hier nicht die politische Kritik geübt, sondern wüßige Demagogie getrieben wird. Und so sehr sich die deutschnationalen Abgeordneten auch Mühe geben, innere Beugbarkeit und Festigkeit zu manieren, um ihren Ausführungen die nötige Wirkung zu tun, die innere Beugbarkeit heuchelt. Sie können und wollen einfach nicht zugeben, daß eine Regierung der Mitte in London weitestgehend erfolgreich ist, die nicht nur zur völligen Klärung der Angelegenheiten absehbarer Zeit, zur sofortigen Befreiung von Frankreich, Königreich, Belgien, Dänemark, des Dortmunder Beizits und der Böden von Wuppertal und Karlsruhe führen, die Zurückziehung der französisch-belgischen Einheiten, die Freilassung der Gefangenen in Konstantinopel, die Freilassung der Befreiung der deutschen Souveränität, die praktische Befreiung künftiger Sanktionen, die Befreiung der Rheinverträge zu sich schließen, sondern darüber hinaus die Aussicht auf ein ruhiges, friedlicheres Nebeneinanderleben Deutschlands und Frankreichs eröffnen, die Befreiung der deutschnationalen Agitation in Zukunft liegen, wenn sie zugeht, daß in London die Grundlagen einer neuen Ära in den europäischen Beziehungen geschaffen worden sind? Wohin soll sich die Fraktion aufhalten, daß nur von ihr, der deutschnationalen Partei, die Rettung kommen kann, die in Zukunft ihre Forderung begründen, daß ihr die Führung der Reichsgeschäfte übertragen werden müßte? Wenn das sich das Pöbelstrecke die Sorge um den Reichserfolg ist, die Sorge um die entscheidende Aussicht, in Reichstag vor allem in Preußen den Weg der Macht zu gelangen. Am deutschnationalen Reichspräsidenten v. Freytag-Loringhoven. Er sieht einen Ausweg aus dem Nihilismus, in dem sich nach seiner Auffassung die deutsche Nation befindet, die Befreiung der deutschen Agitation befindet. Die Regierung soll um Gottes willen nicht aufpassen, sie soll nicht einen Volksentscheid herbeiführen, sie soll — zurücktreten.

Die Regierung ringt sich zur Erkenntnis durch, daß das Londoner Abkommen nicht durchzuführen ist. Dann heißt es, von vergeblichen Versuchen, die nur weiter zu verlieren in das Reichstag, ablassen und eine Verbindung mit den nationalen Opposition zu suchen. Diese kann auf besten Grundlage gefunden werden, wie im Mai, beim ersten Zusammenritt des Reichstages. Die Opposition erklärt sich bereit, die Verantwortung mitzunehmen, und im Einzelnen ist es ihr überlassen, die Bedingungen festzusetzen. Die Entschlüssenfrage geregelt werden kann. Der Entente aber wird mitgeteilt, daß die nötige Mehrheit im Reichstage für das Londoner Abkommen nicht zu erreichen war und daß nur auf neuer Grundlage verhandelt werden muß.

Worauf sich die Entente doch sofort einigen wird? Das, daß der Herr v. Freytag-Loringhoven gar nicht daran, — sein, was einen Sturm in den Entente-Lagern auslösen. Die Reichstag wird Herriot stützen, um an seine Stelle Poincaré treten. Die Reichstag wird zunächst sogar neue Sanktionen verhängen werden. Was folgt das die Deutschnationalen? Der Gesamtteil: Das ist es, was es erreichen wollen. Die deutschnationalen Schrei nach Poincaré ist nicht! Wie hat der deutschnationalen Weigen gelobt, als Poincaré in Frankreich regierte! Jede Note Clemenceaus hat der Reichstag scheinbar die Entente zugestimmt, aber jede Sanktion Poincarés hat der Reichstag nicht zugestimmt. Und letzten von der Politik Poincarés, und es

Macdonald an Marx.

Dem Reichstag hat der Reichsfinancier eine erläuternde Denkschrift ausgehen lassen, in der die Londoner Verhandlungen geschildert werden. Es wird darin hervorgehoben, daß nach der ursprünglichen Ansicht der allerersten Regierungen mit den vier Abkommen, die am 16. August parafiert wurden, das Konferenzprogramm „erschöpft“ sein sollte.

Die Reichsregierung hat aber, so heißt es Denkschrift fort, durch ihre nach London entsandte Delegation nur nachheren beschränken lassen, daß sie sich jeder Aufzählung nicht anstößigen können, sondern neben den in neuen Abkommen behandelten Materien auch die Frage der militärischen Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus bestehenden Gebiete zur Erörterung stellen werde. Diese Erörterungen haben dann auch stattgefunden und zu dem der Denkschrift als Anlage beigefügten Stenogramm geführt. Von dem Inhalt dieses Stenogramms hat die Konferenz in ihrer Geschäftsprotokoll „entworf“ sein können.

Hervorzuheben bemerkenswert ist, daß auch das bekannte Schreiben Macdonalds an die Reichsregierung, in dem die Deutschen Frankreichs und Belgiens, in dem die

Beseitigung der Abklärungung als notwendig bezeichnet wird, dem Stenogramm beigefügt ist. Es ist der deutschen Regierung am Tag seiner Abhandlung mit folgendem Schreiben zugesandt worden:

10 Downing Street, Whitehall SW 1, den 16. August 1924.

Sehr geehrter Herr Reichsfinancier!
Ich überbringe Ihnen Abschrift eines Briefes über die Abklärung, den ich heute an die Ministerpräsidenten Frankreichs und Belgiens gerichtet habe.

Ich verbleibe
Mit sehr ergebenen
(93) J. Ramsay Macdonald.

Seiner Ergebenheit
Herrn Marx.
Das Schreiben Macdonalds ist in London erst am Montag veröffentlicht worden und ist dann in der französischen Presse so ausgesetzt worden, als ob es sich um einen nachträglichen Einfall Macdonalds gehandelt hätte. Da die Reichstag gehört das Schreiben mit zu den Londoner Verhandlungen, und seine Veröffentlichung ist im Einvernehmen mit der französischen Regierung erfolgt.

